

Die Kampagnengruppe „Wer zahlt“ beantragt folgendes zu beschließen:

Attac fordert eine gesetzliche Rentenversicherung, die unter Beibehaltung des Umlageverfahrens den Lebensstandard im Alter sichert und wirksam vor Altersarmut schützt.

Dies erfolgt vor Hintergrund, dass starke kapitalmarktorientierte Kräfte in der Ampelregierung unser stabiles und effizientes umlagebasiertes Rentensystem in Richtung kapitalbasierter Elemente verändern wollen. Dagegen gilt es Widerstand zu leisten.

Statt der Illusion zu folgen, dass die Kapitalmärkte die Rentenprobleme lösen, sind Reformen im Rahmen des Umlagesystems notwendig um den beiden grundsätzlichen Aufgaben „Lebensstandardsicherung und Schutz vor Altersarmut“ auch in Zukunft gerecht zu werden.

Attac hat dazu grundlegende Vorschläge entwickelt. Wir werden uns weiterhin für ihre Umsetzung einsetzen und tragen zur Stärkung breiter gesellschaftlicher Bündnisse mit diesen Zielen bei.

Begründung:

Gegenwärtig versucht die Bundesregierung mit geliehenem Geld am Aktienmarkt zu spekulieren und mit den erzielten Erfolgen die Rentenversicherung zu sanieren. Es ist absehbar, dass dies nicht gelingt, da die möglichen Kreditvolumina dafür zu begrenzt und die erreichten Renditen durch die zu tragenden Schuldzinsen zu gering sind.

Damit ist der nächste Schritt programmiert: Nicht mehr Geld leihen, sondern mit den Beiträgen der Versicherten spekulieren.

Gegenwärtig wird die Aktienrente mit vielen sachlichen Falschbehauptungen propagiert. Dabei geht es deren Unterstützern nicht nur um unmittelbare wirtschaftliche Vorteile für Vermögensbesitzer, sondern ganz offen auch um eine ideologische Kampagne.

Es geht darum, die neoliberale Marktideologie im Bereich der Sozialversicherung zu verankern.

Statt Generationensolidarität sollen die Rentner gegen die Arbeitenden in Stellung gebracht werden. Denn mit Kapitalbausteinen sind die daraus finanzierten Renten von Kurs- und Dividendensteigerungen abhängig. Und die steigen nur, wenn die Unternehmen höhere Profite erzielen. Lohnerhöhungen müssen folglich begrenzt werden um die Profite zu sichern. Steuererhöhungen für Unternehmen sind dann „natürlich“ auch des Teufels.

Diese Entwicklung gilt es zu verhindern.

Im Rahmen der Attac-Kampagne „Krisenkosten - Wer zahlt“ haben wir eine Petition gegen die Einführung der Aktienrente gestartet und machen über Aktionen und Vorträge auf die negativen Folgen aufmerksam.

Mit diesem Vorschlag bestätigen wir als Attac unsere grundlegende Positionierung und erweitern sie um einen aktuellen Brennpunkt der sozialpolitischen Diskussion.